

Presse-Information

DEUTSCHER
HAUSÄRZTEVERBAND



Kontakt:
Stefan Lummer
Büro des Bundesvorsitzenden
Bleibtreustraße 24, 10707 Berlin
Telefon: 030/88714373-35
Mail: stefan.lummer@
hausarztverband.de

Kritik an Hausarztverträgen soll von drohender DAK-Pleite ablenken Weigeldt: Nach Managementfehlern ruft Rebscher „Haltet den Dieb!“

Köln, Berlin, den 10.06.2010 – Während das politische Berlin in diesen Tagen vor Gerüchten um die bald mögliche Insolvenz der DAK schwirrt, versucht Herbert Rebscher mit einigen Kassenchefs davon abzulenken. Sein Instrument: Ein Brandbrief an Bundesgesundheitsminister Dr. Phillip Rösler, in dem angebliche Honorarsteigerungen von 80% durch Hausarztverträge behauptet werden. Ulrich Weigeldt, der Bundesvorsitzende des Deutschen Hausärzteverbandes ist davon nicht beeindruckt: „Diese Haltet-den-Dieb-Taktik ist zu offensichtlich!“

„Die Wettbewerber der DAK rechnen doch bereits Krisenszenarien durch, aus Angst vor einer Insolvenz von Rebschers Kasse“, erklärte Weigeldt in Berlin. „Wer in dieser Situation auf Kostensteigerungen durch Hausarztverträge hinweist, will dem Minister Sand in die Augen streuen. Herr Rebscher hat sich bisher geweigert, seinen Versicherten Hausarztverträge anzubieten. Mit der desolaten Finanzlage der DAK können die Hausarztverträge also gar nichts zu tun haben.“

Auch dass Rebscher zu Jahresbeginn den Anfang gemacht habe, bei seinen Versicherten Zuzahlungen kassieren, könne nicht an den Hausarztverträgen liegen. „Im Gegenteil: Es gibt bundesweit tätige Kassen, die mit uns freiwillig Verträge zur Hausarztzentrierten Versorgung abgeschlossen haben und damit werben, auf Zuzahlungen verzichten zu können“, betonte Weigeldt.

Hier solle von Managementfehlern abgelenkt werden, die zu hohen Verwaltungskosten der gesetzlichen Krankenkassen beitragen, anstatt Geld in die Versorgung zu geben. Man müsse sich doch fragen: Handeln diese Kassenchefs wirklich noch im Interesse ihrer Versicherten? „Die flächendeckende Versorgung durch Hausärzte sicherzustellen, ist bei steigender Morbiditätslast eine dringend zu lösende Aufgabe für das deutsche Gesundheitssystem. Dafür sind die Verträge nach §73b SGB V derzeit ohne Alternative“, so Weigeldt.